

Sturzprävention im Hochbau: Übersicht über die rechtlich relevanten Vorgaben für die sturzrelevanten Bauteile

Kanton NW

1. Für alle Hochbauten Relevantes

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2020)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
Allgemeine Sicherheitsvorschrift gemäss Baupolizeirecht (für alle Bauteile)	<ul style="list-style-type: none"> Art. 168 Kantonales Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (BauG): Alle Bauten und Anlagen müssen hinsichtlich Fundation, Konstruktion und Material die für ihren Zweck notwendige Festigkeit aufweisen und den Vorschriften des Feuerschutzes entsprechen. Sie sind so zu erstellen und zu unterhalten, dass weder Menschen, Tiere noch Sachen gefährdet werden. Der Landrat erlässt die erforderlichen Vorschriften. § 63 Abs. 1 Kantonale Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (Bauverordnung): Bauten und Anlagen sowie technische Einrichtungen sind entsprechend den allgemeinen Regeln der Baukunde und der Technik zu erstellen, zu unterhalten und zu betreiben. § 63 Abs. 2 BauV: Für die Erstellung, den Unterhalt und den Betrieb gelten die Schweizer Normen (SN) als Richtlinien. § 63 Abs. 3 BauV: Der Gemeinderat kann zur Gewährleistung der Sicherheit Auflagen und Bedingungen verfügen. <p>Damit wird generell das Schutzziel «sichere Baute» postuliert.</p>	Technische Normen müssen wegen der benutzten Gesetzgebungstechnik (Verweisung) beachtet werden.	Für Norm-Lücken bzw. beim Fehlen von Normen können Empfehlungen von Fachorganisationen relevant werden.
Beleuchtung insbesondere gemäss Gesundheitspolizeirecht	<p>Art. 173 Abs. 1 BauG: Räume, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt keine sind, müssen genügend belichtet und lüftbar sein.</p> <p>Art. 173 Abs. 2 BauG: Wohn- und Schlafräume müssen mit Fenstern versehen sein, die unmittelbar ins Freie führen und geöffnet werden können. Die Fensterfläche hat mindestens zehn Prozent der Bodenfläche zu betragen.</p> <p>Art. 173 Abs. 3 BauG: Für Geschäfts-, Industrie- und Gewerbebetriebe und dergleichen sowie für Küchen, Badezimmer, Toiletten und Abstellräume für Wohnungen kann eine künstliche Belüftung und Belichtung gestattet werden, sofern diese nachweisbar ausreichend sind.</p>		Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe relevant werden.

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2020)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
2. Zusätzlich Relevantes für Hochbauten, die hindernisfrei sein müssen			
Hindernisfreiheit generell (für alle Bauteile)	<ul style="list-style-type: none"> Art. 177 Abs. 1 BauG: Neue öffentliche Bauten und Anlagen sind so zu gestalten, dass sie für Behinderte zugänglich und benützbar sind. Art. 177 Abs. 2 BauG: Bestehende öffentliche Bauten und Anlagen sind bei Erweiterungen und neubauähnlichen Umbauten den Bedürfnissen der Behinderten anzupassen. Art. 177 Abs. 3 BauG: Bei der Errichtung von Wohnüberbauungen und grösseren industriellen und gewerblichen Bauten und Anlagen sowie bei deren Erweiterung und neubauähnlichem Umbau sind die Bedürfnisse der Behinderten angemessen zu berücksichtigen; der Gemeinderat kann für behindertengerechtes Bauen bezüglich der Bauziffern einen Bonus gewähren. Art. 177 Abs. 4 BauG: Auf Vorkehren für Behinderte darf nur verzichtet werden, wenn dadurch wesentliche betriebliche Nachteile oder unverhältnismässige Mehrkosten entstehen oder andere Interessen überwiegen. § 68 Abs. 1 BauV: Beim behindertengerechten Bauen sind insbesondere die Bedürfnisse der Körper-, Seh- und Hörbehinderten zu berücksichtigen. § 68 Abs. 2 BauV: Dabei sind insbesondere die Zugänglichkeit und die Benützbarkeit für Bewohner, Besucher und Arbeitnehmer zu gewährleisten. § 68 Abs. 3 BauV: Für Bauten und Anlagen im Sinne von § 69–71 gelten die Bestimmungen der Schweizer Norm 521.500 als Richtlinie. § 69 BauV: Als Bauten im Sinne von Art. 177 Absatz 1 und 2 Baugesetz gelten insbesondere Verwaltungsgebäude, Gemeinde- und Kirchenzentren, Schulhäuser, Kirchen, Theater, Kinos, Spitäler und Heime, Mehrzweckgebäude, Geschäftshäuser, Bürogebäude, Einkaufszentren, Läden, Gastgewerbebetriebe, Freizeitanlagen, öffentliche Parkierungsanlagen, öffentliche Abortanlagen usw. § 70 BauV: Als Wohnüberbauungen im Sinne von Art. 177 Absatz 3 Baugesetz gelten einzelne Mehrfamilienhäuser mit fünfzehn und mehr Wohnungen sowie Gesamtüberbauungen mit Mehrfamilienhäusern. 	<p>Schweizer Norm 521.500</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beleuchtung: SIA 500 (Kapitel 4 Orientierung und Beleuchtung) • Bodenbeläge: SIA 500 (Anhang B.1 Eignung von Bodenbelägen, Begehbarkeit und Gleitsicherheit) • Treppen: SIA 500 (Kapitel 3.6.3. Erkennbarkeit und Markierung, 3.6.4. Handläufe) • Geländer / Brüstungen: SIA 500 (Kapitel 3.4.5. Abschränkungen) • Sanitärräume: SIA 500 (Kapitel 10.2. Toiletten, Bäder, Duschen) 	Empfehlungen von Fachorganisationen können für Norm-Lücken relevant werden.

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2020)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
Hindernisfreiheit generell (für alle Bauteile)	<p>§ 71 BauV: Als grössere industrielle und gewerbliche Bauten im Sinne von Art. 177 Abs. 3 Baugesetz gelten insbesondere Fabrik-, Gewerbe- und Lagergebäude, Werkstätten und dergleichen mit einer Belegschaft von mehr als 30 Personen.</p> <p>§ 72 Abs. 1 BauV: Bauten und Anlagen gemäss Art. 177 Baugesetz beziehungsweise § 69–71 sind, soweit dadurch nicht unverhältnismässige Kosten, oder andere erhebliche Nachteile erwachsen, so zu gestalten, dass sie für Behinderte und Gebrechliche benutzbar sind.</p> <p>§ 72 Abs. 2 BauV: Bei Wohnbauten im Sinne von § 70 sind der Zugang, das Erdgeschoss, der Lift und die mit Lift erschlossenen Geschosse so auszuführen, dass sie für Besuche durch Behinderte geeignet sind. Ferner müssen sie so angepasst werden können, dass sie bei Bedarf für Behinderte dauernd benutzbar sind.</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG)</u> • <u>Verordnung des Bundes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsverordnung, BehiV)</u> 		

3. Zusätzlich Relevantes für bestimmte Nutzungsarten von Hochbauten

Mit Mitteln der Wohnraumförderung erstellte altersgerechte Bauten	<ul style="list-style-type: none"> • Insbesondere Art. 5 <u>Eidgenössisches Wohnraumförderungsgesetz (WFG)</u>: Bei der Förderung ist darauf zu achten, dass c. der Wohnraum und die unmittelbare Umgebung den Bedürfnissen von Familien, Kindern und Jugendlichen, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen entsprechen. • <u>Merkblatt BWO Gestaltung von altersgerechten Wohnbauten vom Juli 2013</u> 	Der Gesetzgeber selbst nennt keine Norm explizit. Das BWO-Merkblatt jedoch nimmt generell Bezug auf die Norm SIA 500 (Kap. 9 und 10) sowie für den Bauteil Beleuchtung auf die SN/EN 12464-1.	Empfehlungen von Fachorganisationen (z.B. die im BWO-Merkblatt explizit genannten Fachdokumentationen) können für Norm-Lücken relevant werden.
Alters- und Pflegeinstitutionen	<ul style="list-style-type: none"> • Art. 38 und 40 Kantonales Gesetz zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit (<u>GesG</u>): Die Betriebsbewilligung für Pflegeheime und –abteilungen wird erteilt, wenn unter anderem ein geeignetes Qualitätssicherungssystem vorhanden ist. • § 23 <u>Kantonale Vollzugsverordnung zum Gesundheitsgesetz (GesV)</u>: Mit dem Gesuch für eine Betriebsbewilligung sind in der Regel bei der Bewilligungsinstanz auch Pläne der Räumlichkeiten und Einrichtungen unter Angabe der beabsichtigten Nutzung einzureichen. • <u>Kant. Rahmenbedingungen vom 1.1.2016 zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in Einrichtungen der stationären Langzeitpflege des Kantons NW</u> 	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe bzw. Angaben in den kantonalen Rahmenbedingungen relevant werden.

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2020)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
Kitas, Kindergärten und Schulen	<p>Sichere Gebäude für Volksschulen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Kantonale Vollzugsverordnung zum Volksschulgesetz betreffend den Bau von Schulanlagen (Schulbauverordnung, SBV)</u> <p>Sichere Gebäude für Kitas:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 15 Abs. 1 lit. d <u>Eidgenössische Pflegekinderverordnung (PAVO)</u>: Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Einrichtungen den anerkannten Anforderungen der Wohnhygiene und des Brandschutzes entsprechen. • Gemäss Art. 9 Abs. 2 des kantonalen Gesetzes über die Angebote für Personen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsgesetz, BetrG) richten sich die Bewilligungsvoraussetzungen für die Aufnahme von minderjährigen Personen nach der PAVO (Bundesrecht). 	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe relevant werden.
Hochbauten mit Arbeitsplätzen	<ul style="list-style-type: none"> • <u>Verordnung 3 zum Eidgenössischen Arbeitsgesetz:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 14 Bodenbeläge • Art. 15 Beleuchtung • <u>Verordnung 4 zum Eidgenössischen Arbeitsgesetz</u> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 9 Treppen • Art. 12 Geländer und Brüstungen • <u>Wegleitung SECO zu dieser Verordnung</u> 	<p>Der Gesetzgeber selbst nennt keine Norm explizit. Die SECO-Wegleitung jedoch nimmt generell Bezug auf verschiedene Normen, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • die SN/EN 12464-1 für die Beleuchtung • die DIN 51130 und DIN 51097 für die Bodenbeläge 	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe bzw. von Unklarheiten der Wegleitung relevant werden.

Detailliertere Erläuterungen dazu entnehmen Sie bitte der BFU-Fachdokumentation 2.034 «Rechtliches zur Sturzprävention im Hochbau» (bfu.ch > Bestellen & herunterladen > 2.034).